



**bmask**

BUNDESMINISTERIUM FÜR  
ARBEIT, SOZIALES UND  
KONSUMENTENSCHUTZ

**2010**

**Europäisches Jahr**

**zur Bekämpfung von**

**Armut und**

**sozialer Ausgrenzung**

**Europäisches Jahr zur Bekämpfung von  
Armut und sozialer Ausgrenzung (2010)**

**Österreichisches Programm**

**Mai 2009**

# 1. NATIONALER KONTEXT: DIE ZU BEWÄLTIGENDEN HERAUSFORDERUNGEN

## 1.1. Die Herausforderungen und die nationale Strategie gegen die Armut <sup>1</sup>

Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise hat weitreichende soziale Folgen für die armutsgefährdeten Personen in Österreich. Aufgrund der derzeit vorliegenden Daten des nationalen Monitoring der sozialen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise kann der nationale Kontext wie folgt beschrieben werden:

**Beschäftigung und Arbeitslosigkeit:** Aktuell wirkt sich die schlechte Konjunktur bereits deutlich auf die Situation am Arbeitsmarkt aus, die sich in den nächsten Monaten noch verschärfen wird. Ende April 2009 waren mit 3.354.500 um 38.300 (-1,2%) weniger Personen unselbständig beschäftigt als ein Jahr zuvor. Besonders betroffen sind die exportorientierten Bereiche der Warenproduktion und die damit verbundene Arbeitskräfteüberlassung. Die Zahl der beim Arbeitsmarktservice vorgemerkten Arbeitslosen lag Ende April mit 258.240 um 53.200 bzw. um 25,9% über dem Vorjahreswert. Überdurchschnittlich stark fiel der Anstieg bei Männern (+37,3%), Jugendlichen (+34,2%) und Personen mit nichtösterreichischer Staatsbürgerschaft (+31,6%) aus.

**Armutsgefährdung:** Die Armutsgefährdungsquote liegt in Österreich nach der Erhebung von SILC 2007 bei 12% (Armutsgefährdungsschwelle 10.945€ jährlich oder 912€ monatlich für einen Einpersonenhaushalt). In den letzten zehn Jahren gab es eine relativ konstante Armutsgefährdungsquote und eine Verringerung der Armutslücke. Negativ ausgewirkt auf die Armutsquote hat sich die steigende Einkommensungleichheit, eine positive Wirkung zeigt die höhere Erwerbsbeteiligung der Frauen und das generell steigende Bildungs- und Ausbildungsniveau der Bevölkerung.

Zu den am stärksten von Armut betroffenen Gruppen aufgrund niedrigen Einkommens zählen Langzeitarbeitslosenhaushalte (Armutsgefährdungsquote: 41%), Alleinerziehende (32%), Haushalte mit Personen mit nicht österreichischer Staatsbürgerschaft (nicht EU-/EFTA Länder) (26%), alleinlebende Pensionistinnen (27%), Haushalte mit drei und mehr Kindern (19%) sowie Haushalte mit behinderten Personen (18%). Von EU-SILC nicht erfasst, jedoch von extremer Armut betroffen, sind wohnungslose Menschen.

15% aller Kinder und der von Eltern abhängigen Jugendlichen unter 27 Jahren sind armutsgefährdet. Die Erwerbsbeteiligung der Frauen ist ein entscheidendes Mittel, um Familien ein Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle zu ermöglichen. In Mehrpersonenhaushalten mit einem Kind, in denen die Frau erwerbstätig ist, beträgt das Armutsrisiko 5%, bei Nichterwerbstätigkeit 19%. Eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen erfordert ausreichende und qualitativ hochwertige Kinderbetreuungseinrichtungen. Maßnahmen zum Ausbau der

---

<sup>1</sup> Im österreichischen Strategiebericht für Sozialschutz und soziale Eingliederung 2008/2010 wurden die grundlegenden Schwerpunkte bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung dargestellt.

Betreuungseinrichtungen tragen somit wesentlich zu einer Reduzierung von Armutsrisiken für Familien bei.

Rund 5% der Bevölkerung (398.000 Personen) sind manifest arm, d.h. niedriges Einkommen tritt gleichzeitig mit Einschränkungen in der täglichen Lebensführung auf (finanzielle Deprivation). Für eine umfassende Armutsbekämpfung sind daher über die Einkommenssicherung hinaus Investitionen in die soziale Infrastruktur unentbehrlich. Diese Ausgangslage war die wesentliche Grundlage für die Festlegung der Schwerpunkte unter Punkt 2.1.

## **1.2. Die vorhandene Verwaltungsstruktur**

Das österreichische System der sozialen Sicherung ist durch eine Mischung von zentralen und dezentralen Elementen gekennzeichnet, wobei die in die Kompetenz der Bundesebene fallenden (sozialversicherungsrechtlichen und universellen) Leistungen überwiegen. In regionaler Kompetenz (Bundesländer, Städte und Gemeinden) liegen vor allem ein Teil des Gesundheitssystems, das Wohnungswesen, ein Großteil der sozialen Dienste, die Kinderbetreuungseinrichtungen, sowie die Sozialhilfe. Die regionalen und lokalen Akteure haben im Kontext der Armutsbekämpfung einen besonders hohen Stellenwert.

Das österreichische Sozialschutzsystem wird von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen und von einer aktiven und gut funktionierenden Sozialpartnerschaft unterstützt. Im Bereich der Erbringung der sozialen Dienstleistungen spielen die Nicht-Regierungsorganisationen eine wesentliche Rolle.

Die Umsetzung des Europäischen Jahres erfolgt durch die Abteilung für Grundsatzfragen und Koordination in EU-Angelegenheiten im Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz als **nationale Durchführungsstelle**. Diese Abteilung hat nicht nur die Gesamtkoordination des österreichischen Strategieberichts für Sozialschutz und soziale Eingliederung inne gehabt, sondern auch die Aktivitäten des Ressorts während der österreichischen Ratspräsidentschaften abgewickelt. Bei den Arbeiten während des Europäischen Jahres wird auch die im Ressort vorhandene Erfahrung mit der Abwicklung von EU Programmen (z.B. ESF, PROGRESS) von Nutzen sein.

## **2. DAS NATIONALE PROGRAMM UND DIE KOMMUNIKATIONSSTRATEGIE**

### **2.1. Maßnahmen im Rahmen des Europäischen Jahres 2010**

Im Einklang mit den Zielsetzungen des Europäischen Jahres 2010 (Anerkennung von Rechten, gemeinsame Verantwortung und Teilhabe, Zusammenhalt, Engagement und konkretes Handeln) wird bei der Umsetzung der Maßnahmen die Vernetzung der relevanten Akteure von besonderer Bedeutung sein. Eine gemeinsame koordinierte Vorgangsweise auf unterschiedlichen Ebenen, das Voneinander-Lernen und konkrete Initiativen werden das Ziel unterstützen, vorhandene stereotype Ansichten über Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, zu bekämpfen, und auch konkrete Umsetzungsstrategien im Kampf gegen die Armut zu entwickeln. Große Bedeutung wird auch der Nachhaltigkeit der Maßnahmen und Aktivitäten über das Europäische Jahr hinaus beigemessen.

Als zentrale Maßnahme ist die konkrete Umsetzung der bedarfsorientierten Mindestsicherung während des Europäischen Jahres 2010 vorgesehen. Weiters hat Österreich auch die Teilnahme am EU-Programm „Lebensmittel für Bedürftige“ bei der Europäischen Kommission gemeldet, sodass die erstmalige österreichische Umsetzung des Programms während des Europäischen Jahres 2010 stattfinden wird.

In Übereinstimmung mit der durchgeführten Analyse und der im Gemeinsamen Bericht über Sozialschutz und soziale Eingliederung 2008 - 2010 ermittelten Prioritäten sollen die unten angeführten Themen bei der Durchführung von Aktivitäten des Europäischen Jahres 2010 im Mittelpunkt stehen. Diese sollen einerseits auf der Ebene des Bundes, aber auch durch andere Akteure in Österreich umgesetzt werden. Besondere Bedeutung kommt in diesem Kontext den Planungen der Länder und den Initiativen der Sozialpartner und NGOs zu. Zur besseren Vernetzung und zum gegenseitigen Austausch sollen auch Treffen der relevanten Akteure zur Entwicklung und Erstellung von regionalen und lokalen Aktionsplänen zur sozialen Eingliederung organisiert werden. Dadurch soll vor allem zur Nachhaltigkeit der Aktivitäten des Europäischen Jahres beigetragen werden.

Über die dargestellten Aktivitäten und Maßnahmen hinaus gibt es auch eine Reihe von „good-practice“-Beispielen, die auf der nationalen Website ([www.2010gegenarmut.at](http://www.2010gegenarmut.at)) veröffentlicht werden sollen, um diese einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen und ein Voneinander-Lernen zu fördern.

#### **a.) Förderung von integrativen Arbeitsmärkten und integrierten Ansätzen zur aktiven Eingliederung**

Es geht hier vor allem um Initiativen für die Integration arbeitsmarktferner Gruppen und jener Bevölkerungsgruppen, die besonders hart von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen sind, sowie um Initiativen für Gruppen mit erhöhtem Armutsrisiko (Jugendliche, Frauen mit Betreuungspflichten, Menschen mit Behinderungen, ältere ArbeitnehmerInnen, Langzeitarbeitslose, Menschen mit Migrationshintergrund). Die Arbeitsmarktpolitik ist ein zentrales Element zur Verhinderung von Armut und sozialer Ausgrenzung.

Das Arbeitsmarktservice (AMS) plant insbesondere folgende Schwerpunkte (siehe detaillierte Darstellung im Anhang 3):

- Verhinderung der Langzeitarbeitslosigkeit durch frühzeitige Maßnahmen für Arbeitslose (Beratung, Schulung, Vermittlung, u.v.m.) bzw. Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen (z.B. Beschäftigungsförderungen)
- Unterstützung für Frauen mit Betreuungspflichten zum (Wieder)einstieg in den Arbeitsmarkt
- Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch Sicherung der beruflichen Erstausbildung im Rahmen der „Ausbildungsgarantie für Jugendliche“
- Verhinderung von Arbeitslosigkeit bzw. Verhinderung der Verfestigung von Arbeitslosigkeit von älteren Menschen („Active/Productive Ageing“, beschäftigungsfördernde Maßnahmen)
- Verkürzung der Arbeitslosigkeit durch Integration in das Beschäftigungssystem für Menschen mit Behinderungen

Im Bereich der Bundessozialämter und der Territorialen Beschäftigungspakte werden folgende Maßnahmen durchgeführt werden:

- Schwerpunktaktionen der TEP (= territorialen Beschäftigungspakte) zur aktiven Eingliederung von arbeitsmarktfernen Gruppen in einzelnen Bundesländern
- Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderungen durch das Unternehmensservice (Bundessozialämter)
- Ausbau der Maßnahmen für Jugendliche mit Behinderungen im Rahmen der Beschäftigungsoffensive der Bundessozialämter (Unterstützungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, Clearing, integrative Berufsausbildung, Jugendassistenz)

Folgende Aktivitäten sind u.a. geplant:

- Jahrestagung des ESF 2010 mit einem Schwerpunktthema Armutsbekämpfung
- Fachtagung der Arbeiterkammer Wien zu „Armut und Erwerbsarbeit“ im ersten Quartal 2010
- Ausbau von Sozialmärkten (SOMA) in einigen Bundesländern, um armutsgefährdete Personen bei der täglichen Versorgung mit Verbrauchsgütern zu unterstützen
- Internationaler Reha-Kongress des Beruflichen Bildungs- und Rehabilitationszentrums (BBRZ) in Linz im Kontext des Europäischen Jahres

- Projekte zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund wie z.B.:
  - Fortsetzung des Pilotprojekts „Mentoren für MigrantInnen“ der Wirtschaftskammer Österreich, des Arbeitsmarktservice (AMS) und des Österreichischen Integrationsfonds (in Diskussion steht die österreichweite Ausdehnung dieses Projekts)
  - Veranstaltung zum Thema „Migration“ der Industriellenvereinigung
  - „Studie Migration und Integration“ durch den österreichischen Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen der Sozialpartner
- Zertifizierungsmodell für Alter(n)sgerechte Unternehmen durch das BMASK
- Projekt „Erfolg mit Fairantwortung“, Online-Plattform für „gesellschaftliche Verantwortung“ der Wirtschaftskammer Österreich
- TRIGOS-Auszeichnung 2010 für Unternehmen mit Verantwortung im Bereich Armutsbekämpfung

## **b.) Teilhabe am gesellschaftlichen Leben**

Ein wichtiger Schwerpunkt des Europäischen Jahres ist die Förderung der Teilhabe von sozial benachteiligten Personen am gesellschaftlichen Leben und Erleichterungen beim Zugang zu Kultur- und Freizeitmöglichkeiten (z.B. erleichterter Zugang zu Museen und Ausstellungen sowie zu Sportmöglichkeiten). Darüber hinaus sollen auch gezielte Aktivitäten im Bereich der Vorsorge von Verschuldung gesetzt werden.

Die Unterstützung des Austausches zwischen der nationalen, regionalen und lokalen Ebene (z.B. in Form von konkreten Vernetzungsinitiativen) wird die Entwicklung von Maßnahmen, mit denen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gefördert wird, vorantreiben.

Zur vertiefenden Umsetzung des Schwerpunkts „Teilhabe am gesellschaftlichen Leben“ wird ein Aufruf zur Einreichung von Projekten im Sommer 2009 durchgeführt.

Folgende Aktivitäten sind u.a. geplant:

- Gezielte Projekte für Jugendliche mit sozialen Benachteiligungen zur Teilnahme an Sportaktivitäten (z.B. Sportgeräteverleih und Unterstützung bei der Ausstattung von Helmen für SchülerInnen)
- Weiterentwicklung von Kunst- und Kulturprojekten von und für sozial benachteiligte Gruppen (z.B. Verein „Hunger auf Kunst und Kultur“ oder „InterACT – Werkstatt für Theater und soziokulturelle Projekte“)
- Umsetzung des Projekts „Finanzcoaching für Beraterinnen der Frauen- und Mädchenberatungsstellen“: Durch die Schuldnerberatungen ausgebildete Beraterinnen sollen Rat suchende Frauen und Mädchen in finanziellen Angelegenheiten gezielt beraten.

- Fortsetzung der Förderung und des Ausbaus von Frauen- und Mädchenberatungsstellen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung von Frauen in bisher unterversorgten Regionen
- Wilhelminenberggespräche 2010 - Arbeitstitel: Konsumentenpolitische Forderungen aus der Finanzkrise. U.a. können auch die Weiterentwicklungen auf dem Gebiet der freiwilligen Angebote von Habenkonten für SozialhilfeempfängerInnen bei einzelnen Banken thematisiert werden.
- 8. Österr. Armutskonferenz 22.-24. Februar 2010 im Rahmen der European Anti-Poverty Network-Fokuswoche für Österreich, bei der europaweit „Good Practices“, konkrete Aktivitäten, etc. präsentiert werden.
- Abhaltung einer ExpertInnendiskussion „Sozialer Zusammenhalt in Zeiten der Krise“ im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Diskussionsforum Europäische Integration“ des Bundeskanzleramtes im Rahmen der Europäischen Schwerpunktwochen auf Basis einer entsprechenden Studie (Mai oder Oktober 2010)
- Internationale Fachkonferenz an der Uni Linz mit dem EU-PROGRESS-Projekt „Aurora plus - Wege aus der Armut“ (Volkshilfe Österreich, Stadt- und Regionalforschung SRZ, Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik der Johannes Kepler Universität Linz) am 15. April 2010
- Veranstaltung zum internationalen Tag von Menschen mit Behinderungen am 3. Dezember 2010 zur Präsentation von Beispielen aus dem Alltag von und mit Menschen mit Behinderung sowie Bewusstseinsbildung im Umgang mit Menschen mit Behinderungen
- Europäische Caritas-Kampagne: Laufwunder 2010 – Charity-Veranstaltung organisiert von youngCaritas.at; Messen der Solidarität; „Eine Million Sterne Aktion“: Lichteraktion gegen Armut in der Vorweihnachtszeit 2010; Verleihung des „YoungCaritas Awards“
- Modellprojekt „GEMA – Gemeinsam aktiv“ in Zusammenarbeit mit dem Sozialressort des Landes Oberösterreich – Freiwilligenprojekte für sozial benachteiligte Jugendliche und SozialhilfeempfängerInnen und Nachbetreuung in der SchuldnerInnenberatung zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts und der Gleichstellung der Geschlechter

### **c.) Sicherstellung des Zugangs zu angemessenen Ressourcen und Leistungen**

Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderarmut, Maßnahmen zur Einkommenssicherheit und die Bekämpfung des Phänomens der „working poor“ haben in diesem Zusammenhang besondere Aktualität.

Im Zuge der Bewältigung der sozialen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise werden eine Reihe von zentralen Maßnahmen gesetzt, die sozial

benachteiligten Gruppen zu Gute kommen sollen. Besondere Bedeutung haben dabei folgende Maßnahmen:

- Entlastungspakete im Zuge der Steuerreform sowie spezifische Maßnahmen für Familien
- Harmonisierung und Erhöhung der Sozialhilferichtsätze zur Absicherung der wirtschaftlichen Existenz von sozial benachteiligten Menschen im Zuge der Umsetzung der bedarfsorientierten Mindestsicherung (Stärkung der Kaufkraft von finanziell benachteiligten Bevölkerungsgruppen)
- Maßnahmen im Zuge der Umsetzung der bedarfsorientierten Mindestsicherung: Einbeziehung von nicht krankenversicherten SozialhilfebezieherInnen in die gesetzliche Krankenversicherung, um den uneingeschränkten Zugang zu medizinischen Leistungen zu gewährleisten.
- Ausbau mindestsichernder Elemente im Arbeitslosenversicherungsrecht gemäß Regierungsprogramm (v.a. Nettoersatzrate, Familienzuschläge, Anrechnungsbestimmungen für Partnereinkommen, Online-Antrag).
- Finanzielle Besserstellung von Alleinerziehenden nach dem Modell der bedarfsorientierten Mindestsicherung
- Die Bekämpfung der Kinderarmut bzw. die Reduktion der Armut von Kindern und Jugendlichen in den nächsten 10 Jahren um ein Drittel ist ein wichtiges österreichisches und europäisches Anliegen: Entlastungspakete für Familien im Zuge der Steuerreform sind für die nächsten Monate vorgesehen. Dies umfasst auch die Verbesserung der Kinderbetreuungsmöglichkeiten (z.B. Einführung des kostenlosen und verpflichtenden Kindergartenjahres) sowie Weiterentwicklung des Kinderbetreuungsgeldes und beschleunigte Verfahren bei der Unterhaltsbevorschussung. Darüber ist die Anhebung des Erhöhungsbetrages für Kinder von AusgleichszulagenbezieherInnen in der Pensionsversicherung als begleitende Maßnahme zur Umsetzung der bedarfsorientierten Mindestsicherung möglich.

Die Bewältigung der geschlechts- und altersspezifischen Dimension der Armut ist von zentraler Bedeutung, da Alleinerziehende und alleinlebende PensionistInnen zu den Personengruppen mit der höchsten Armutsgefährdung in Österreich zählen.

Das Europäische Jahr soll durch begleitende Maßnahmen im Bereich der Kommunikation das öffentliche Bewusstsein für die Lage der von Armut betroffenen Menschen, insbesondere von Gruppen oder Personen in schwieriger Lage heben und dadurch beitragen, den Zugang dieser Menschen zu ausreichenden Ressourcen und hochwertigen Dienstleistungen weiter sicherzustellen. Das Europäische Jahr leistet außerdem einen Beitrag zur Bekämpfung von Stereotypen und Stigmatisierung.

Folgende Aktivitäten sind u.a. geplant:

- Veranstaltung des BMASK mit dem Österreichischen Seniorenrat (Dachverband der österreichischen Seniorenorganisationen) am 1. Oktober 2010 zu Armut und sozialer Ausgrenzung von älteren Frauen
- Im Rahmen der offenen Methode der Koordinierung stellen zielgruppenspezifische Maßnahmen für die am stärksten von Armut betroffenen Haushalte einen wichtigen Schwerpunkt dar. Familien mit Kindern und hier insbesondere die Ein-Eltern-Haushalte sind eine wesentliche Zielgruppe. Mit einer Studie „AlleinerzieherInnen“ sollen die Ursachen und mögliche Lösungsansätze für Österreich im Vergleich mit Best-Practice-Beispielen anderer EU-Staaten erforscht werden. Die Ergebnisse der Studie sollen im Rahmen der Veranstaltungen zum Armutsjahr präsentiert werden.
- Veranstaltungen der Caritas zu Kinderarmut mit Armuts- und Reichtumsquiz
- Veranstaltung zum Thema „Frauen und Armutsgefährdung“ der österr. Industriellenvereinigung

#### **d.) Förderung der sozialen Eingliederung durch Bildung und Weiterbildung**

Bildung ist ein wichtiges Instrument zur Herstellung gesellschaftlicher Chancengleichheit und hat vor allem in Zusammenhang mit der sozialen Eingliederung von MigrantInnen hohen Stellenwert. Im Mittelpunkt der Reformvorhaben im Bildungsbereich stehen die Steigerung der Qualität an den Schulen und der Chancengerechtigkeit, um allen Jugendlichen – unabhängig vom sozialen und kulturellen Hintergrund ihrer Eltern – Aufstiegschancen zu ermöglichen. Besondere Bedeutung kommt auch der Vermittlung von Schlüsselkompetenzen, der Senkung der Quote der SchulabbrecherInnen, sowie der Teilnahme an vorschulischer Bildung zu. Weiters wird auch der Qualitätssicherung und der Stärkung von Bildungseinrichtungen im positiven Umgang mit sprachlicher und kultureller Vielfalt besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Es sind weitreichende Maßnahmen zur Förderung der sprachlichen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen (mit Migrationshintergrund) geplant.

Im Zusammenhang mit den bereits unter Schwerpunkt a) genannten Aktivitäten im Bereich der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit werden auch verstärkte Maßnahmen im Bereich der Ausbildung und Weiterqualifikation von Jugendlichen gesetzt. Im Rahmen des arbeitsmarktpolitischen Frauenprogramms sollen Frauen aktiv ermutigt und unterstützt werden, qualifizierte Berufsausbildungen mit guten Zukunfts- und Einkommenschancen zu ergreifen.

Weiters sollen im Bereich der Erwachsenenbildung gezielte Initiativen auf Landes/Bundesebene zur Förderung von Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen (z.B. Bildungskarenz, Bildungsschecks,...), sowie Maßnahmen zur Basisbildung, zur Teilnahme bildungsferner und bildungsbenachteiligter Personen am lebensbegleitenden Lernen und zur Fortführung innovativer Projekte gesetzt werden.

Folgende Aktivitäten sind u.a. geplant:

- Aktionstage der Politischen Bildung 2010 (23. April bis 9. Mai 2010)
- Abhaltung der Globalen Bildungswochen 2010 im November 2010 mit dem Schwerpunktthema Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung
- Lange Nacht der Sprachen mit dem Fokus auf Sprachkenntnisse als Mehrwert für Mobilität, Beschäftigungsfähigkeit und soziale Integration am Europäischen Tag der Sprachen am 26. September 2010
- „Niederschwellig“ gestaltete Informationen (z.B. DVD) über das österreichische Bildungssystem zur offensiven Einbindung von Eltern mit Migrationshintergrund
- Workshop der Demokratiewerkstatt im Parlament zur Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen im Alter von 8-14 Jahren zum Schwerpunkt Armut und soziale Ausgrenzung
- Die österr. Nationalagentur für das EU-Programm „Jugend in Aktion“ wird folgende Schwerpunkte während des Europäischen Jahres setzen:
  - Gezielte Förderung von Projekten mit der Thematik Kinder- und Jugendarmut sowie soziale Ausgrenzung;
  - Weiterentwicklung der „Inclusion Strategie“ zur Einbindung von (sozial) benachteiligten Jugendlichen in die Programmaktivitäten sowie die Organisation des „Inklusionstages“ im Zeichen des Europäischen Jahres;
  - Abhaltung der Europäischen Jugendwoche im Frühjahr 2010 zum Thema „Armut und soziale Ausgrenzung“ (u.a. mit einem gemeinsamen Jugendforum und einer Ausstellung).

## **2.2. Kommunikationsstrategie, einschließlich Eröffnungsveranstaltung, Website und nationaler Kampagne**

Das Europäische Jahr soll durch begleitende Maßnahmen im Bereich der Kommunikation das öffentliche Bewusstsein für die Lage der von Armut betroffenen Menschen, insbesondere von Gruppen oder Personen in schwieriger Lage heben und dadurch einen Beitrag zur Bekämpfung von Stereotypen und Stigmatisierung leisten.

Eine klare, einheitliche Kommunikationsstrategie für Initiativen, bei denen ein größeres Publikum erreicht wird, wird dem Ziel dienen, vorhandenen stereotypen Ansichten über Menschen, die von Armut und Ausgrenzung betroffen sind, entgegenzutreten. Besonders wird darauf geachtet, Menschen mit Armutserfahrung in die jeweiligen Projekte unmittelbar einzubeziehen.

Die Verwendung des einheitlichen EU-Logos für alle Projekte wird sicherstellen, dass die Vielzahl der auf unterschiedlichen Ebenen initiierten Projekte als umfassende

Bemühungen Österreichs in der EU wahrgenommen werden, das Ziel der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung bestmöglich zu erreichen.

Es sind gezielte Aktivitäten mit Medien der nationalen, regionalen und lokalen Ebene geplant, wobei vor allem „niederschwellige“ Kommunikationsmittel zum Einsatz kommen werden. Schulungen und Seminare sowie fokussierte Hintergrundgespräche mit JournalistInnen dienen zur Hebung der „Awareness“ der MedienexpertInnen. Auch wissenschaftliche Publikationen sollen sich mit dem Thema Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung befassen (z.B. Sonderheft der Zeitschrift „Kurswechsel“). Es wird daran gearbeitet, dass die Themen des Europäischen Jahres in diversen Kulturveranstaltungen und Festivals aufgegriffen werden.

Ziel ist, durch aktive Vernetzung einen Informationsaustausch herzustellen, der die Entwicklung und Umsetzung von konkreten Maßnahmen bzw. Strategien unterstützt:

- Besondere Bedeutung für die Umsetzung der Kommunikationsstrategie werden die drei **EU-weiten Schwerpunktwochen** im Februar, Mai und Oktober 2010 haben.
- Es werden eine **Eröffnungsveranstaltung** (am 22. Februar 2010 im Vorfeld zur Veranstaltung der Armutskonferenz in Salzburg) und **Schlussveranstaltung** (in Wien im November oder Dezember) sowie **regionale Veranstaltungen** (Vernetzungstreffen, Erfahrungsaustausch etc.) stattfinden. Eine Schwerpunktaktivität wird am **17. Oktober 2010, dem Tag der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung**, stattfinden. Die Verleihung eines Preises zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung könnte im Rahmen dieser Veranstaltungen erfolgen. Eine weitere Veranstaltung oder Enquête könnte im österreichischen Parlament stattfinden.
- Einrichtung und Betreuung einer eigenen **nationalen Website** für das Europäische Jahr ([www.2010gegenarmut.at](http://www.2010gegenarmut.at)).
- **Workshops** mit MedienvertreterInnen und Menschen mit Armutserfahrungen (bereits Ende 2009/Anfang 2010).
- Fortführung des **Projekts „Radiodialoge – Stimme der Vielfalt“** zur Erhöhung der gesellschaftlichen und medialen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund mit den freien Radios zum Thema Armut und sozialer Ausgrenzung
- Die **Botschafterinnen und Botschafter zum Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung** sollen einerseits Personen sein, die in der Öffentlichkeit stehen und entweder durch ihren persönlichen Hintergrund die Herausforderungen der von Armut und Ausgrenzung betroffenen Personen gut kennen, oder bereits gezeigt haben, dass sie sich durch persönliches Engagement dem Ziel der Armutsbekämpfung und somit auch den Zielen des Europäischen Jahres verpflichtet fühlen. Ihr Bekanntheitsgrad soll helfen, die Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren und die Botschaften des Europäischen Jahres gut zu vermitteln. Darüber hinaus sollen die BotschafterInnen auch bei ihren jeweiligen Aktivitäten auf das Europäische Jahr und dessen Ziele hinweisen. Andererseits sollen auch von Armut betroffene

Menschen, sogenannte „**People's Ambassadors**“, die Zielgruppe des Armutsjahrs vertreten und als Sprachrohr fungieren. Geplant ist die Teilnahme der BotschafterInnen an zahlreichen Veranstaltungen, sowie bei der Eröffnungs- und Schlussveranstaltung des Europäischen Jahres.

### **2.3. Gender Mainstreaming und seine Behandlung in jedem Abschnitt und bei jeder Maßnahme**

Bei der Durchführung der Aktivitäten während des Europäischen Jahres wird auf die Berücksichtigung des Gender Mainstreaming geachtet, da wesentliche Unterschiede beim Ausmaß und der Gefährdung von Armut und sozialer Ausgrenzung von Frauen und Männern bestehen. Alleinerziehende Frauen oder Ausgleichszulagenbezieherinnen haben ein besonders hohes Armutsrisiko, sodass auch ein Fokus auf Armut und Frauen gelegt wird.

Eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in allen Gremien, die mit dem Europäischen Jahr zu tun haben, sowie in der nationalen Durchführungsstelle ist von großer Bedeutung. Bei der Vergabe von Aufträgen und der Auswahl von Maßnahmen wird das Prinzip des Gender Mainstreaming berücksichtigt. Bei der Auswahl der BotschafterInnen wird nach einem ausgewogenen Verhältnis der Anzahl von Frauen und Männern getrachtet.

### **2.4. Zugänglichkeit der Maßnahmen**

Für Barrierefreiheit und Zugänglichkeit für alle Bevölkerungsgruppen, insbesondere Menschen mit Behinderungen, ist bei allen Aktivitäten während des Europäischen Jahres zu sorgen. Es wird darauf geachtet werden, auch die Veranstaltungen mit möglichst „niederschwelligem“ Charakter zu organisieren, um betroffenen Personen- und Zielgruppen die Teilnahme zu ermöglichen. Die nationale Website für das Europäische Jahr soll ebenso barrierefrei gestaltet sein.

Es wird weiters darauf geachtet werden, dass zielgruppenspezifische Medien (z.B. Straßenzeitungen,...) bei der Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit zum Einsatz kommen.

### 3. KONSULTATION DER ZIVILGESELLSCHAFT UND DER INTERESSENTRÄGER

#### 3.1. Konsultierte Interessenträger

Am 24. November 2008 hat das Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz<sup>2</sup> bereits alle relevanten österreichischen Akteure zu einer Informationsveranstaltung zum Europäischen Jahr eingeladen. Die Akteure wurden damals um Bekanntgabe der Mitglieder für den **nationalen Lenkungsausschuss (NLA), dessen konstituierende Sitzung am 31. März 2009 stattfand**, sowie um inhaltliche Vorschläge für Themen und Aktivitäten für das nationale Arbeitsprogramm ersucht. Bei der zweiten Sitzung des NLA am 30. April fand eine weitere Diskussion auf Basis eines überarbeiteten nationalen Programms statt.

Aufgrund der Aufteilung der Kompetenzen bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zwischen Bund und Ländern hat Herr Bundesminister Rudolf Hundstorfer die LändervertreterInnen bei den Tagungen der LandessozialreferentInnen-Konferenz im Februar und März über die Vorbereitungen für das Europäische Jahr 2010 informiert und um Teilnahme im nationalen Lenkungsausschuss ersucht.

Aufgabe des Nationalen Lenkungsausschusses ist es, alle relevanten Akteure an der Vorbereitung und Durchführung des Europäischen Jahres in Österreich zu beteiligen. Der Ausschuss steht dem Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz bei der Gestaltung und Durchführung der Maßnahmen im Rahmen des Europäischen Jahres beratend zur Seite. Für 2009 sind drei Sitzungen geplant, 2010 werden drei bis vier Sitzungen des Nationalen Lenkungsausschusses stattfinden.

Die Akteure des Nationalen Lenkungsausschusses umfassen jedenfalls jene Gruppen, die bei der Erstellung des österreichischen Strategieberichts für Sozialschutz und soziale Eingliederung 2008 - 2010 einbezogen waren. Die Mitglieder des Nationalen Lenkungsausschusses setzen sich aus VertreterInnen der Ministerien, der einzelnen Bundesländer, Gemeinden und Städte, dem Parlament, der Sozialpartner, den Dachorganisationen der mit der Thematik befassten Nichtregierungsorganisationen sowie der Dachorganisation von Vereinen von Armut betroffener Personen zusammen (siehe Anhang 2). Auf diese Weise wird in den jeweiligen Bereichen eine umfassende Einbeziehung der Interessen der Betroffenen sichergestellt.

Die Arbeiten zum Europäischen Jahr werden zusätzlich auch noch von einer ressortinternen Steuerungsgruppe begleitet.

---

<sup>2</sup> Aufgrund des neuen Bundesministeriengesetzes ist es nun das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMAK).

### **3.2. Konsultationsprozess, Ergebnisse, Folgemaßnahmen**

Dem Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMAŠK) ist eine möglichst breite Einbindung aller relevanten Akteure entsprechend dem politischen Leitbegriff der „Good Governance“ ein besonders Anliegen; diesem soll auch besonders bei der Vorbereitung und Durchführung des Europäischen Jahres entsprochen werden.

Das BMAŠK hat daher wie bereits ausgeführt im November 2008 zu einer ersten Informationsveranstaltung zum Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung 2010 geladen und um Nominierung je eines Mitglieds für den Nationalen Lenkungsausschuss (NLA) sowie um Beiträge zur Schwerpunktsetzung bzw. um Information zu geplanten Maßnahmen während des Europäischen Jahres ersucht. Am 31. März 2009 fand die erste Sitzung des NLA statt, im Rahmen derer der erste Entwurf des nationalen Programms diskutiert wurde. Die Stellungnahmen und schriftlichen Beiträge wurden eingearbeitet und der überarbeitete Entwurf des nationalen Programms neuerlich für eine Diskussion beim 2. NLA am 30. April 2009 verschickt. Die endgültige Version des Programms wird schließlich den Akteuren zur Kenntnis gebracht, sowie im Sinne größtmöglicher Transparenz auf der Homepage des BMAŠK ([www.2010gegenarmut.at](http://www.2010gegenarmut.at)) veröffentlicht. Dort werden darüber hinaus alle Stellungnahmen der Akteure seit Beginn des Konsultationsprozesses publiziert werden.

Der Erstellung von regionalen und lokalen Entwicklungsplänen wird ein hoher Stellenwert im Zusammenhang mit der nachhaltigen Wirkung des Europäischen Jahres eingeräumt. Zum jetzigen Zeitpunkt sind weitere Folgemaßnahmen noch nicht absehbar, doch sollen nachhaltige Maßnahmen im Evaluierungsbericht besonders berücksichtigt werden.

## 4., 5., 6. VORKEHRUNGEN FÜR DIE UMSETZUNG, VORLÄUFIGER HAUSHALTSPLAN, EVALUIERUNGS-MECHANISMEN

Zur Durchführung der Eröffnungs- und Schlussveranstaltung, der regionalen Vernetzungstreffen und der Erstellung bzw. dem laufenden Betrieb der nationalen Website und des allgemeinen Kommunikationskonzeptes wird eine Ausschreibung entsprechend der europäischen und nationalen Vergabebestimmungen durchgeführt. Im Rahmen des Nationalen Lenkungsausschusses wird eng mit den relevanten Akteuren, insbesondere mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen bei der Abwicklung sämtlicher Veranstaltungen und Initiativen zusammengearbeitet.

Mit dem für Österreich vorgesehenen EU-Kofinanzierungsbetrag in der Höhe von voraussichtlich 248.000€ wird somit ein **Gesamtbudget von etwa 500.000 €** für Aktivitäten während des Europäischen Jahres zur Verfügung stehen.

Die nationale Durchführungsstelle wird einen Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen zur Förderung von Projekten im Juli 2009 durchführen. Abhängig vom endgültigen nationalen Budget wird mit einem Budget zwischen 100.000 und 200.000€ für konkrete Projektförderungen gerechnet.

Zur Abwicklung der Organisation der verschiedenen Aktivitäten (Eröffnungs- und Schlussveranstaltung, regionale Workshops, Vernetzungstreffen, etc.) sowie zur Betreuung der nationalen Website für das Europäische Jahr wird die nationale Durchführungsstelle mit einer externen Agentur bzw. Institution zusammenarbeiten. Eine diesbezügliche Ausschreibung wird gleichfalls im Sommer 2009 durchgeführt.

### Vorläufiger Budgetplan:

Aktivität	Gesamtbudget	EU-Mittel (indikativ)
Eröffnungs- und Schlussveranstaltung, regionale Veranstaltungen, Workshop für JournalistInnen, Betreuungsprojekt für regionale Strategiepläne	200.000	100.000
Wettbewerbe, Medienpartnerschaften, Herstellung von div. Artikeln mit EJ-2010-Logo	80.000	30.000
Call für Projekte von Sozialpartnern, NGOs,... <b>ACHTUNG</b> Betrag noch nicht endgültig festgelegt!	180.000	100.000
Einrichtung und Betreuung der nationalen EJ-2010-Website (Kosten für die gesamte Laufzeit)	40.000	20.000
Gesamtsumme	500.000	250.000

Der laufenden **Dokumentation und Überwachung** wird besondere Bedeutung beigemessen. Alle Aktivitäten und Veranstaltungen sollen anhand mehrerer Kriterien (Budget, TeilnehmerInnenzahl, etc.) für einen Endbericht über das Europäische Jahr erfasst werden.

## Anhang 1 – Vorläufiger Zeitplan

### Vorläufiger Zeitplan zur Umsetzung des Nationalen Programmes

#### Aktivitäten im Jahr 2009

##### *Mai*

- Übermittlung des Nationalen Programms an die Europäische Kommission (15. Mai)

##### *Juli*

- Ausschreibung der Beauftragungen
- Aufruf zur Einreichung von Projektvorschlägen
- Kontaktaufnahme zu den möglichen BotschafterInnen

##### *September/Oktober*

- Auswahl der Projekte für das EU-Jahr und Ausarbeitung des Vorschlages für die Kofinanzierung durch die EU
- Voraussichtlich 3. Sitzung des Nationalen Lenkungsausschusses am 29. September
- Teilnahme an der 2. Sitzung des beratenden Ausschusses für das Europäische Jahr 2010 in Brüssel am 8. Oktober

##### *November/Dezember*

- Freischalten der Website zum EU-Jahr

##### *Ende 2009/Anfang 2010*

- Workshops mit MedienvertreterInnen

#### Aktivitäten im Jahr 2010

##### *Jänner*

- Teilnahme an der Eröffnungsveranstaltung der EU am 21. Jänner in Madrid
- Voraussichtlich 4. Sitzung des Nationalen Lenkungsausschusses

##### *Februar*

- Nationale Eröffnungsveranstaltung am 22.2. in Salzburg
- Fokuswoche 8. Armutskonferenz vom 23. – 24.2. in Salzburg
- EU-weite Schwerpunktwoche -1. österr. Fokuswoche von 22.-28.2.

##### *März*

- Eventuell regionale Veranstaltung

##### *März/April*

- Fachkonferenz zum Projekt AURORA plus an der Universität Linz am 15. April
- Teilnahme an der 3. Sitzung des beratenden Ausschusses für das Europäische Jahr 2010 in Brüssel

#### *April/Mai*

- Ev. Enquête/Veranstaltung im österreichischen Parlament
- Aktionstage Politische Bildung 2010 zum Schwerpunkt „Bildung für nachhaltige Entwicklung: Neue Wege aus Armut und sozialer Ausgrenzung“ vom 23. April – 9. Mai
- Voraussichtlich 5. Sitzung des Nationalen Lenkungsausschusses
- Voraussichtlich Wilhelminenberg-Gespräche
- EU-weite Schwerpunktwoche – 2. österr. Fokuswoche

#### *Juni/Juli/August*

- Eventuell regionale Veranstaltungen

#### *September*

- Reha-Kongress des Beruflichen Bildungs- und Rehabilitationszentrums (BBRZ) in Linz
- Voraussichtlich 6. Sitzung des Nationalen Lenkungsausschusses
- Lange Nacht der Sprachen mit dem Fokus auf Sprachkenntnisse als Mehrwert für Mobilität, Beschäftigungsfähigkeit und soziale Integration am Europäischen Tag der Sprachen am 26. September 2010

#### *Oktober*

- Veranstaltung des BMASK mit dem Österreichischen Seniorenrat am 1.10.2010 zu Armut und sozialer Ausgrenzung von älteren Frauen
- Schwerpunktaktivitäten anlässlich des Internationalen Tages zur Bekämpfung der Armut am 17. Oktober
- EU-weite Schwerpunktwoche – 3. österr. Fokuswoche

#### *November*

- Abschlussveranstaltung des Projektes AURORA plus in Wien
- Abhaltung der Globalen Bildungswochen 2010 im November 2010 mit dem Schwerpunktthema Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung

#### *November/Dezember*

- Abschlussveranstaltung zum Europäischen Jahr 2010 in Österreich
- Teilnahme an der Abschlusskonferenz der EU in Brüssel
- Teilnahme an der 4. Sitzung des beratenden Ausschusses für das Europäische Jahr 2010 in Brüssel
- Voraussichtlich 7. Sitzung des Nationalen Lenkungsausschusses

#### *Dezember*

- Veranstaltung zum Internationalen Tag von Menschen mit Behinderung mit Alltagsbeispielen und zur Bewusstseinsbildung am 3. Dezember

### **Aktivitäten im Jahr 2011**

#### *Februar/März*

- Erstellung des Abschlussberichts und Diskussion im Rahmen der 8. Sitzung des nationalen Lenkungsausschusses

## Anhang 2 – Zusammensetzung des nationalen Lenkungsausschusses

- Arbeiterkammer (AK)
- Arbeitsmarktservice Österreich (AMS)
- Amt der Burgenländischen Landesregierung
- Amt der Kärntner Landesregierung
- Amt der Niederösterreichischen Landesregierung
- Amt der Oberösterreichischen Landesregierung
- Amt der Salzburger Landesregierung
- Amt der Steiermärkischen Landesregierung
- Amt der Tiroler Landesregierung
- Amt der Vorarlberger Landesregierung
- Augustin (Straßenzeitung)
- Beratungszentrum für MigrantInnen
- Bundeskanzleramt
- Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
- Bundesministerium für Finanzen
- Bundesministerium für Gesundheit
- Bundesministerium für Inneres
- Bundesministerium für Justiz
- Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
- Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur
- Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie
- Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung
- Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend
- Bundesjugendvertretung
- Caritas Österreich
- Die Armutskonferenz
- Europäische Kommission, Vertretung in Österreich
- Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger
- Industriellenvereinigung
- Landwirtschaftskammer Österreich
- Lebensministerium
- Lebenshilfe Österreich
- Magistratsabteilung 24, Wien
- Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (ÖAR)
- Österreichischer Gewerkschaftsbund
- Österreichisches Komitee für Soziale Arbeit (ÖKSA)
- Österreichische Präsidentschaftskanzlei
- Österreichischer Gemeindebund
- Österreichischer Integrationsfonds
- Österreichischer Seniorenrat
- Österreichischer Städtebund
- Parlament - Büro der Präsidentin des Nationalrates
- SRZ Stadt + Regionalforschung
- Statistik Austria
- Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der NÖ Landesreg.
- Verein AHA – Arbeitslose helfen Arbeitslosen
- Volkshilfe Österreich
- Wirtschaftskammern Österreichs

## Anhang 3 – Stellungnahme des österreichischen Arbeitsmarktservice (vom 22.4.2009)

### Beitrag des Arbeitsmarktservice(AMS) zur Hintergrundinformation für das „Europäische Jahr zur Bekämpfung der Armut und Sozialen Ausgrenzung 2010“

Die aktive wie passive Arbeitsmarktpolitik ist ein zentrales Instrument zur Verhinderung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Dabei spielen sowohl die materielle Existenzsicherung durch die Arbeitslosenversicherung als auch die aktive Arbeitsmarktpolitik eine ganz wichtige Rolle bei der Herstellung von Teilhabechancen am Berufsleben und bei der gesellschaftlichen Integration.

#### 1. Die Existenzsicherung durch die Arbeitslosenversicherung

##### A) Aktuelle Ausgangssituation

Mehr als jede 6. Person des Arbeitskräfteangebots in Österreich hat 2008 einmal Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung bezogen. Die LeistungsbezieherInnenquote der vorgemerkten Arbeitslosen lag bei rd. 92%, dh. es gibt einen hohen Grad der Existenzsicherung Arbeitsloser durch die Arbeitslosenversicherung. Gleichzeitig hat Österreich im europäischen Vergleich keine hohe Nettoersatzrate in der Arbeitslosenversicherung, sodass das Niveau der Existenzsicherung Arbeitsloser ein relativ niedriges ist.

##### Daten zur Arbeitslosenversicherung:

Jahresdurchschnittliche LeistungsbezieherInnen:

	2008			2007		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Arbeitslosengeld	113.470	48.903	64.567	114.468	48.863	65.605
Notstandshilfe	78.431	32.038	46.393	85.181	35.045	50.136
§ 34 Pensionsversicherungs-gesetz	2.383	2.139	244	2.591	2.344	247
Übergangsgeld	7.130	5.620	1.510	7.432	5.915	1.517
Weiterbildungsgeld: bei Bildungskarenz bei Entfall der Bezüge	1.551 85	917 61	634 24	1.054 55	652 42	402 13
Altersteilzeitgeld	23.424	11.103	12.321	27.784	12.791	14.993
Pensionsvorschuss	19.012	6.865	12.147	19.447	7.016	12.431
AIG-Fortbezug bei Maßnahme/Schulung	12.620	7.016	5.604	12.592	7.156	5.436
NH-Fortbezug bei Maßnahme/Schulung	12.364	6.023	6.341	14.286	6.945	7.341
Sonstige*	5.329	2.828	2.501	5.022	2.572	2.450
<b>Gesamt</b>	<b>275.799</b>	<b>123.513</b>	<b>152.286</b>	<b>289.912</b>	<b>129.341</b>	<b>160.571</b>

\* Z. B. Familienhospizkarenz, Arbeitsstiftungen (Schulungen).

## Ausgaben der Arbeitslosenversicherung:

	2008	2007
Arbeitslosengeld (inkl. Überbrückungshilfe)	1.196,04	1.197,57
Notstandshilfe	714,50	765,78
Übergangsgeld	77,06	79,19
Weiterbildungsgeld	15,17	7,05
Altersteilzeit	358,32	411,28
Sonstige Leistungen*	28,78	27,40
<b>Nettoauszahlung gesamt</b>	<b>2.389,87</b>	<b>2.488,27</b>
Pensionsversicherungsbeiträge**	736,55	774,58
Krankenversicherungsbeiträge** (inkl. Abgeltung der Krankenstandstage)	280,25	279,55
Unfallversicherungsbeiträge	4,49	5,00
<b>Sozialversicherung gesamt</b>	<b>1.021,29</b>	<b>1.059,13</b>
<b>Gesamtaufwand (Nettoauszahlung und SV-Beiträge)</b>	<b>3.411,16</b>	<b>3.547,40</b>

## Tagsätze 2008:

	Durchschnittliche Tagsätze (in €)		
	Gesamt	Frauen	Männer
Arbeitslosengeld	25,4	22,7	27,5
Notstandshilfe	19,5	17,0	21,3
Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhalts	14,7	15,0	14,2

## B) Ausblick auf 2010

Nach den derzeitigen Prognosen wird die Arbeitslosigkeit 2009 zwischen 25 – 30% und von 2009 auf 2010 nochmals um 11% - 13% steigen. Da nicht mit einer Reduktion der LeistungsbezieherInnenquote zu rechnen ist, wird auch die Anzahl der Personen in Österreich, deren materielle Existenzsicherung durch die Arbeitslosenversicherung sichergestellt wird, im selben Umfang steigen.

## 2. Verhinderung von Langzeitarbeitslosigkeit:

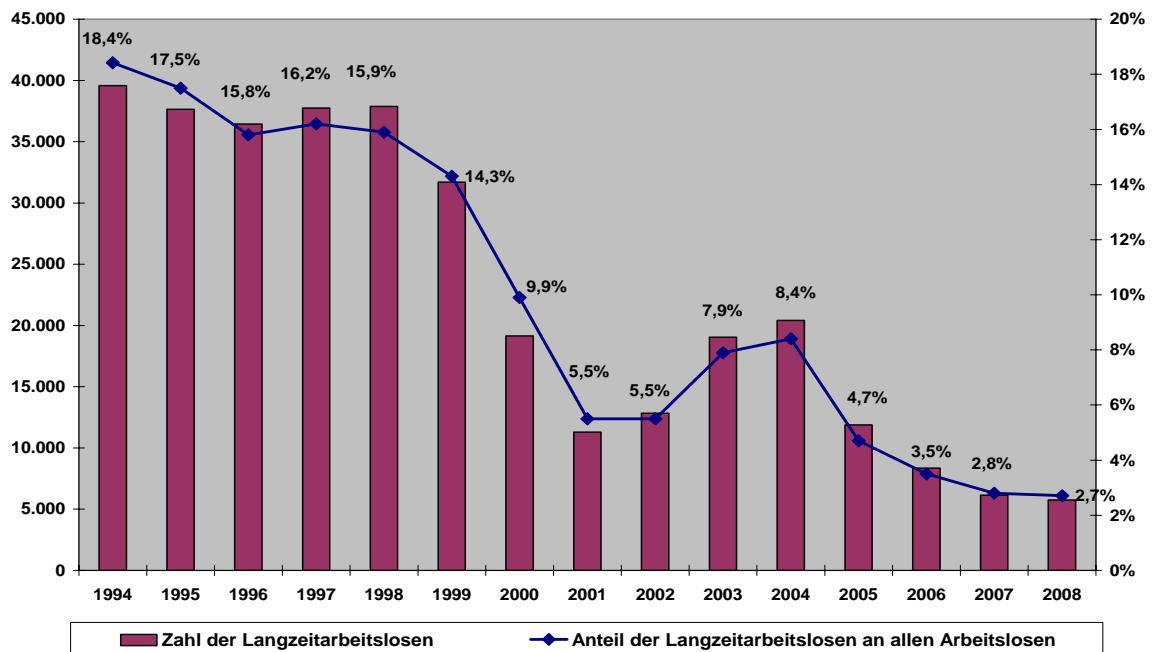
Österreich setzt schon seit längerer Zeit auf die erfolgreiche Strategie der Verhinderung von Langzeitarbeitslosigkeit durch die Verhinderung des Übertritts von Arbeitslosen in die Langzeitarbeitslosigkeit.

### A) Aktuelle Ausgangssituation

Die *Langzeitarbeitslosenquote* (nach internationaler Definition) lag im 3. Quartal 2008 mit 0,9 % deutlich unter dem Schnitt der EU Länder mit 2,5%.

Die Reduzierung bzw. Verhinderung (early intervention) von Langzeitarbeitslosigkeit<sup>3</sup> (Vormerkdauer über 12 Monate) ist als langfristiges strategisches Ziel seit langem im Längerfristigen Plan des Arbeitsmarktservice verankert. Der Erfolg dieser Strategie bis 2008 lässt sich aus der folgenden Grafik ersehen:

Beim Arbeitsmarktservice vorgemerkte Langzeitarbeitslose:



<sup>1</sup> Als lanzeitarbeitslos gelten Personen, die zumindest zwölf Monate als arbeitslos oder lehrstellensuchend gemeldet sind. Im Gegensatz zur unten stehenden Definition unterbricht z. B. ein Kurs oder eine andere Unterbrechung über 28 Tage die Dauer der Arbeitslosigkeit.

### B) Ausblick auf 2010:

Das Arbeitsmarktservice wird daher auch 2010 einen Schwerpunkt seiner Arbeitsmarktpolitik auf die Verhinderung der Langzeitarbeitslosigkeit und frühzeitige Maßnahmen für Arbeitslose richten. Dabei setzt das Arbeitsmarktservice auf die bewährte Steuerung über arbeitsmarktpolitische Zielvorgaben. Konkret sind für 2010 folgende Ziele bzw. Teilziele in Diskussion:

„Verhinderung der Verfestigung von Arbeitslosigkeit“:

Das AMS macht Betroffenen Angebote zur Beratung, Schulung und Vermittlung, damit die Arbeitslosigkeit auch in Krisenzeiten nicht länger dauert, als dies die Marktkräfte bedingen. Konkretisiert wird dieses Ziel über 4 Teilziele:

- Arbeitsaufnahmen von Älteren (> 45 Jahre) innerhalb von 6 Monaten Netto-Arbeitslosigkeit
- Übertritte Jüngerer (unter 25 Jahre) > 6 Mo.
- Übertrittsquote 12 Monate
- Arbeitsaufnahmen von Langzeitbeschäftigungslosen (das sind Personen, die im letzten Jahr nicht oder nur schlecht ins Beschäftigungssystem integriert waren, jedoch nicht unbedingt langzeitarbeitslos sein müssen )

## 3. Frauen:

### A) Aktuelle Ausgangssituation

Frauen haben durch die Mehrfachbelastung aus Familien- und Erwerbsarbeit häufig unterbrochene Erwerbskarrieren, was sich nachteilig auf ihre Positionierung am Arbeitsmarkt und in weiterer Folge auf ihre Einkommenssituation auswirkt. Kritische Punkte für die Erwerbskarriere sind der Bildungsabschluss, die Berufswahl und der Wiedereinstieg nach einer / mehreren allfälligen Babypausen. Bei diesen Meilensteinen setzt das AMS mit gezielten Angeboten für Frauen an.

Seit dem Jahr 2000 wird bei der Planung und Durchführung von Förderangeboten der Ansatz des Gender-Mainstreamings konsequent umgesetzt (Integration einer geschlechtssensiblen Perspektive – Berücksichtigung unterschiedlicher Situationen und Bedürfnisse von Frauen und Männern – Überprüfung auf geschlechtsspezifische Wirkungen). Die Strategie des Gender-Mainstreamings wird im Rahmen des ESF-Programmes und der Jahresziele jeweils durch einen frauenspezifischen Schwerpunkt ergänzt.

Im Bereich Arbeitsmarktförderungen wird ein überproportionaler Teil für Frauen verwendet – Frauen machen an den Vorgemerkten rund 44 % aus, jedoch werden rd. 50 % des Budgets für sie aufgewandt.

Mit einem eigenen Programm „Frauen in Handwerk und Technik“ fördert das Arbeitsmarktservice Frauen und Mädchen dabei, ihr Berufswahlspektrum zu erweitern und auch nichttraditionelle Berufe zu ergreifen.

#### B) Ausblick auf 2010

Das Arbeitsmarktservice unterstützt Frauen mit Betreuungspflichten, damit ihnen der (Wieder)einstieg ins Arbeitsleben gelingt. Einerseits mit der Kinderbetreuungsbeihilfe, die die Kosten einer Fremdbetreuung bezahlbar macht, andererseits über die finanzielle Unterstützung des Aufbaus von Betreuungseinrichtungen in den ersten Jahren. Vor allem im ländlichen Raum besteht nach wie vor ein hoher Bedarf an Kinderbetreuungseinrichtungen. Eine aktive, fördernde Haltung und niederschwellige Informationsangebote unterstützen die rechtzeitige Planung der Rückkehr in den Beruf. Mit dem Programm „Wiedereinstieg unterstützen“ setzt das AMS Standards für Information, Beratung und Betreuung von Wiedereinsteigerinnen in allen Geschäftsstellen.

#### **4. Jugendliche:**

Jugendliche stellen einen zentralen Schwerpunkt der Arbeitsmarktpolitik des AMS dar, da eine fundierte berufliche Erstausbildung die Basis für eine erfolgreiche Berufskarriere ist und es in Österreich einen starken Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Ausbildungsniveau gibt.

#### A) Aktuelle Ausgangssituation

Die Arbeitslosigkeit Jugendlicher (15-24 Jahre) ist im internationalen Vergleich weiterhin sehr niedrig. Die internationale *Jugendarbeitslosenquote* in Österreich lag 2008 mit 7,5% nach wie vor deutlich unter dem europäischen Durchschnitt (EU-25) von 15,5% Lediglich die Niederlande weisen eine niedrigere Jugendarbeitslosenquote aus.

So hat sich die Jugendarbeitslosigkeit seit 2000 (28.000) – trotz massiver Gegensteuerung durch das AMS – bis 2005 (41.000) stark erhöht, ging bis 2008 wiederum deutlich zurück (34.000) und weist seither wieder eine stark steigende Tendenz auf (Anstieg im ersten Quartal 2009 um 32%).

Die Entwicklung für Jugendliche am Arbeitsmarkt erforderte einen sukzessiven Ausbau der Maßnahmen des Auffangnetzes für Lehrstellen suchende Jugendliche gemäß Jugendausbildungssicherungsgesetz sowie die Durchführung jugendspezifischer Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramme in diesem Zeitraum, die um spezielle Lehrlingsförderungen für Betriebe erweitert wurden.

## Arbeitsmarktförderung des AMS für junge Menschen 15 – 24 Jahre

Zahlung (in Mio. €)	2004	2005	2006	2007	2008
<b>Beschäftigung</b>	37,68	31,96	36,70	35,65	31,33
<b>Qualifizierung</b>	181,78	167,32	264,39	296,58	329,72
<b>Unterstützung</b>	6,46	8,31	9,77	11,75	11,62
<b>Beihilfe</b>	<b>225,92</b>	<b>207,59</b>	<b>310,85</b>	<b>343,98</b>	<b>372,7</b>

### B) Ausblick auf 2010

Das Arbeitsmarktservice wird angesichts der prognostizierten weiter steigenden Arbeitsmarktrisiken für Jugendliche seinen Beitrag zur Sicherung der beruflichen Erstausbildung im Rahmen der „Ausbildungsgarantie für Jugendliche“ leisten. Im Rahmen dieser Ausbildungsgarantie wird allen Jugendlichen, die eine Lehrausbildung wünschen und die für diese geeignet sind, aber keine Lehrstelle finden, eine kursmäßige Lehrausbildung angeboten.

Eine weitere Priorität hat die Verhinderung von Langzeitarbeitslosigkeit von Jugendlichen. Auch 2010 wird dies ein Schwerpunkt der Arbeitsmarktpolitik des AMS sein, mit dem Ziel, dass so gut wie kein/e Jugendliche/r länger als 6 Monate arbeitslos wird, da sie/er rasch auf einen Arbeitsplatz vermittelt oder in eine arbeitsmarktpolitische Maßnahme einbezogen wird. Dabei wird auch auf eine zukunfts- und bedarfsorientierte Qualifizierung von Jugendlichen – unter Einbeziehung der betrieblichen Anforderungen – geachtet werden.. Qualifizierung wird zur Vermeidung von längerfristiger Arbeitslosigkeit der Vorrang gegenüber Orientierungs- und Aktivierungsmaßnahmen gegeben werden.

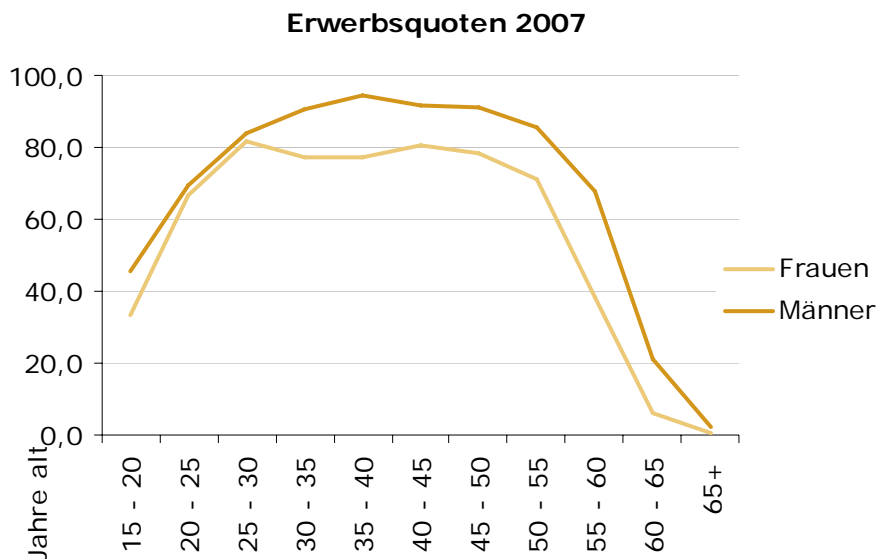
### **5. Ältere:**

Durch die steigende Lebenserwartung und ein demographisch bedingtes geringeres Arbeitskräfteangebot wächst die Notwendigkeit, die Arbeitskräfte länger produktiv im Erwerbsleben zu halten. Die Beschäftigung von Älteren ist natürlich auch eine soziale Frage, darüber hinaus aber schlichtweg eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

#### A) Aktuelle Ausgangssituation

Das Thema Erwerbsbeteiligung von Älteren ist auf europäischer Ebene im Rahmen der beschäftigungspolitischen Leitlinien als Zielsetzung abgebildet: Im Jahr 2010 soll die Beschäftigungsquote Älterer (hier 55 bis 64 Jährige) 50 % betragen. Österreich liegt derzeit erst bei 38,6 % (bei Männern bei 49,8 % und bei Frauen bei 28 %).

## Erwerbsquoten nach Altersgruppen in Österreich, 2007



Quelle: WIFO-Berechnungen

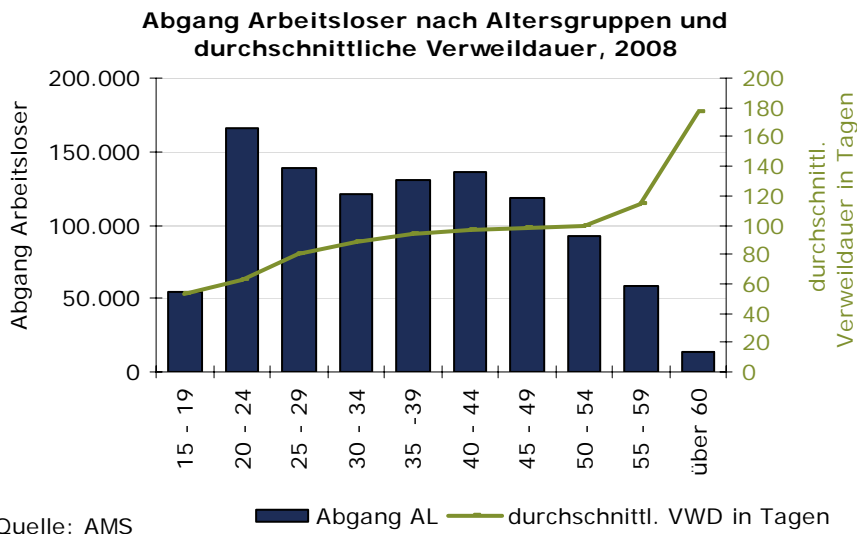
Für Frauen und Männer gilt, dass auch eine angemessene Beteiligung an beruflicher Weiterbildung ihre Erwerbsposition und ihr Einkommen sichert. Erwerbssicherung ist gleichzeitig auch finanzielle Absicherung im Alter.

Ein Indikator zur Messung der Teilhabe am Lebensbegleitendem Lernen bezieht sich auf die Bildungsbeteiligung der Bevölkerung. Österreich liegt mit 12,8 % sowohl über dem Mittelwert der EU-25 von 10,3 % als auch über dem Zielwert bis 2010 von 12,5 %.

Das Arbeitsmarktservice ist bei der Arbeitsvermittlung mit den Benachteiligungen bestimmter Personengruppen konfrontiert. Hier zeigt sich, dass mit steigendem Alter die Abgangswahrscheinlichkeit in Arbeit abnimmt und parallel dazu die Dauer der Arbeitslosigkeit steigt.

Jüngere sind zwar häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen – diese dauert aber kürzer als bei Älteren. Die Gefahr der Langzeitarbeitslosigkeit ist bei Älteren also größer.

## Abgang Arbeitsloser(AL) nach Alter( absolut) und Verweildauer (VWD) in Tagen



### B) Ausblick auf 2010

Die Verhinderung der Verfestigung von Arbeitslosigkeit ist die zentrale Aufgabe der Arbeitsmarktpolitik, weil die negativen Folgewirkungen für die ganze Gesellschaft mit steigender Dauer der Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt zunehmen. Die strategische arbeitsmarktpolitische Antwort ist die Schaffung von Anreizen, um die Beschäftigungschancen der Älteren zu erhöhen. Dazu zählen speziell Beschäftigungsbeihilfen und Qualifizierungsangebote des AMS. In der aktuellen ESF-Periode 2007 – 2013 ist „Active/Productive Aging“ eine zentrale Strategie über alle Schwerpunkte. Damit erfüllt das AMS auch eine wichtige gesellschaftliche Ausgleichsfunktion: durch die besondere Förderung der Weiterbildung von Älteren (wie auch generell von gering Qualifizierten) wird vorhandenen Benachteiligungen entgegengewirkt. Konkrete Zielsetzungen sind unter dem Punkt „Verhinderung von Langzeitarbeitslosigkeit“ angeführt.

## **6. Behinderte:**

### A) Aktuelle Ausgangssituation

Von den im Jahr 2008 jahresdurchschnittlich vorgemerkten 212.253 Personen weisen 31.263 bzw. 15 % eine Behinderung auf (begünstigte behinderte Personen nach Bundes- und/oder Landesgesetz sowie darüber hinaus Personen mit gesundheitlichen Vermittlungseinschränkungen lt. AMS-Definition). Die Veränderung zum Jahr 2007 betrug – 5 % bei allen Arbeitslosen, bei den Behinderten jedoch nur – 0,4 %. Das heißt, der Zugang in das Erwerbsleben und der Verbleib im Erwerbsleben waren für diese Personengruppen trotz Förderungen erschwert. Der Anteil von Frauen an allen Personen mit Behinderung beträgt 38%. Arbeitslose Personen mit Behinderung finden schwerer eine Beschäftigung. Im Falle einer Behinderung mündet nur knapp jeder dritte Abgang aus Arbeitslosigkeit in eine Beschäftigung, während bei allen Arbeitslosen jeder zweite Abgang (51 %) zu einer Beschäftigungsaufnahme führt. Bei 37.545 Arbeitsaufnahmen von als arbeitslos vorgemerkten Personen mit Behinderung im Jahr 2008 wurden insgesamt 10.650 Beschäftigungsförderungen eingesetzt, womit mehr als jede vierte Arbeitsaufnahme mit dem Einsatz von Fördermitteln zustande kam.

## B) Ausblick auf 2010

Konkrete Zielsetzungen sind unter dem Punkt Langzeitbeschäftigungslosigkeit subsumiert. Wie bei allen anderen zielgruppenspezifischen Segmentierungen besteht auch bei Behinderten das Generalziel der Verkürzung der Arbeitslosigkeit durch Integration in das Beschäftigungssystem. Dass diese Strategie für Problemgruppen auch besondere Interventionen und entsprechende Budgetmittel erfordert, wird aus den oben genannten Zahlen deutlich.